

Kindeswohl: Griss-Kommission beginnt die Arbeit

Fünf Experten werden Empfehlungen abgeben, wie künftig bei Bleiberecht und Abschiebungen vorzugehen ist

VON CHRISTOPH KOTANKO

WIEN. Mit Kommissionen kennt sich Irmgard Griss aus. 2014 wurde die ehemalige Höchststrichlerin mit der Leitung der Untersuchungskommission zur Hypo Alpe Adria beauftragt. Sie startete mit deutlichen Worten: „Ich höre sofort auf, wenn ich behindert werde.“

Jetzt leitet die frühere Neos-Abgeordnete auf Ersuchen des grünen Vizekanzlers Werner Kogler die Kindeswohlkommission.

Auslöser war Ende Jänner die Abschiebung einer Familie mit in Österreich aufgewachsenen Kindern nach Georgien. Die Aktion trübte die Stimmung in der türkis-grünen Koalition; Kogler musste rasch einen Ausweg finden, um Schäden für die Regierungszusammenarbeit zu vermeiden.

Die Mitglieder der Kommission werden den Stellenwert von Kin-

derrechten und Kindeswohl bei Asyl- und Bleiberechtsentscheidungen prüfen und Empfehlungen erarbeiten, wie die Kinderrechte in diesen Verfahren stärker berücksichtigt werden können.

Griss hat jetzt ihr Team aufgestellt, wie sie im Gespräch mit den OÖNachrichten sagt: „Das sind Fachleute mit guten Namen und ohne Bindung an Parteinteressen.“

Parteiungebundene Fachleute

Der Kommission gehören neben Griss vier Persönlichkeiten an: Hedwig Wölfl, Psychologin, Vizepräsidentin der Liga für Kinder- und Jugendgesundheit; Ernst Berger, Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie, ehemaliger Leiter einer Menschenrechtskommission der Volksanwaltschaft; Helmut Sax, Menschenrechtsexperte, er war schon für den Europarat im Einsatz; Reinhard Klaushofer, Pro-



Foto: Weibold

„Es geht darum, Lösungen zu finden. Die Menschen verstehen zu Recht nicht, warum Kinder, die hier aufgewachsen sind, abgeschoben werden.“

■ Irmgard Griss, Ex-Neos-Abgeordnete, Vorsitzende der Kindeswohlkommission, über ihren Auftrag

fessor an der Salzburger Uni, Leiter des Instituts für Menschenrechte.

Auch der konkrete Auftrag der Kommission, die beim Justizministerium eingerichtet wurde, liegt nun vor. Die Expertengruppe soll „die völkerrechtliche, europäische und nationale Rechtslage und Anwendungspraxis dokumentieren, Kriterien zur Sicherstellung des Kindeswohls entwickeln und Empfehlungen abgeben“.

Ministerium lässt freie Hand

Der Bericht soll im ersten Halbjahr vorliegen und ist zur Veröffentlichung bestimmt. Der Auftraggeber, das Justizministerium, wird sich dabei nicht einmischen.

„Es ist Zeit, die Diskussion um Abschiebungen zu versachlichen und Verbesserungen in Gang zu bringen“, betont Griss. „Wir brauchen eine Grundlage, damit bei solchen Entscheidungen immer die

gleichen Kriterien angewendet werden.“ Die Messlatte sei, „wie sehr die Kinder hier schon integriert sind. Es ist doch verstörend, wenn ein Kind, das in Österreich geboren und aufgewachsen ist, nach zehn Jahren in ein Land abgeschoben wird, das es gar nicht kennt. Ein solches Kind hat einen gewaltigen Nachteil.“

Offen ist, wie die Kanzlerpartei mit den Einsichten der Kommission umgehen wird. Die Begeisterung der Volkspartei über die Initiative ihres Koalitionspartners war bisher gering. Die VP argumentiert, der Innenminister könne sich nicht über ein Urteil des Höchstgerichts hinwegsetzen, die Gesetze müssten respektiert werden.

Griss glaubt an ein Einsehen der Politik, „wenn unser Bericht plausibel und verständlich formuliert ist. Aber unser stärkster Hebel ist sicher die öffentliche Meinung.“

WERBUNG

Standortgarantie und Großinvestitionen in das Heer in Oberösterreich

HÖRSCHING. „Oberösterreich ist für unser Bundesheer ein strategisch wichtiger Standort, weshalb wir große Investitionen in die militärische Infrastruktur im Bundesland planen. Alleine heuer und nächstes Jahr werden wir mehr als 30 Millionen Euro in den Ausbau und in die Modernisierung der Infrastruktur investieren“, sagte Verteidigungsministerin Kludia Tanner (VP) gestern beim Besuch des Kommandos Luftunterstützung (LuU) am Fliegerhorst Vogler in Hörsching.

Zugleich gab sie Landeshauptmann Thomas Stelzer (VP) eine Garantie für alle Heeresstandorte in Oberösterreich. Ein Vorzeigebauwerk im Rahmen der Investitionen soll die Erneuerung der Stellungenstraße in der Garnisonstraße in Linz werden. Für die Generalsanierung sind acht Millionen Euro eingeplant – „Baubeginn ist bereits in wenigen Monaten“, sagte Tanner.

Stelzer: „Leistungsfähiges Bundesheer“

„Faktum ist, dass wir für einen bestmöglichen Schutz unserer Heimat auch ein leistungsfähiges Bundesheer brauchen, mit starken Kasernenstandorten in Oberösterreich. Daher ist wichtig und richtig, dass die Standorte in unserem Bundesland jetzt nicht nur abgesichert, sondern auch modernisiert und weiterentwickelt werden“, sagte Landeshauptmann Thomas Stelzer nach dem Arbeitsgespräch mit Verteidigungsministerin Tanner am Standort Hörsching. Dort werden heuer und kommendes Jahr insgesamt 5,5 Millionen Euro – insbesondere in die Sanierung des Hangars – investiert.

Tanner bedankte sich beim Kommandanten der Luftunterstützung, Brigadier Wolfgang Wagner, für die Leistungen der Soldaten. Für die Ressortchefin gab es eine Einweisung in die verschiedenen Hubschrauber und Flächenflugzeuge der Brigade.



Begrüßte Kludia Tanner und Thomas Stelzer in Hörsching: Wolfgang Wagner (l.) (Land/Mayrhofer)

ist unser Projekt.

Die österreichischen Projektentwickler ermöglichen die Schaffung hochwertiger Lebensräume: Wohnräume, Arbeitsräume und Bildungsräume vom Kindergarten bis zur Schule und Universität. Sie erwerben Grundstücke, kümmern sich um Konzept und Widmung, beauftragen Architekten und Baufirmen, nehmen das Risiko auf sich und schaffen wertvolle Arbeitsplätze.

Erfahren Sie mehr auf

lebensraumentwickler.at

Eine Initiative der **VOPE** Vereinigung Österreichischer Projektentwickler